

*Bachelorarbeit*

Thomas Meißner

# **Die deutsche Wahlsystemreform im interdisziplinären Spannungsfeld**

## **Kontraproduktiver Richtungswechsel des Bundesverfassungsgerichts?**

**Bachelor + Master  
Publishing**

Thomas Meißner

**Die deutsche Wahlsystemreform im interdisziplinären Spannungsfeld:  
Kontraproduktiver Richtungswechsel des Bundesverfassungsgerichts?**

Originaltitel der Abschlussarbeit: Die deutsche Wahlsystemreform im interdisziplinären  
Spannungsfeld: Kontraproduktiver Richtungswechsel des Bundesverfassungsgerichts?

ISBN: 978-3-95549-511-4

Herstellung Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH,  
Hamburg, 2013

Zugl. Technische Universität Chemnitz, Chemnitz, Deutschland, Bachelorarbeit,  
Juni 2012

---

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Bachelor + Master Publishing, ein Imprint der Diplomica® Verlag GmbH,  
Hamburg, 2013

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2013  
Printed in Germany

# Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1 Problemstellung .....	1
1.2 Herangehensweise .....	2
1.3 Forschungsstand .....	2
<b>2. Rechtsprechungsentwicklung des Bundesverfassungsgerichts</b> .....	<b>5</b>
2.1 Inverser Erfolgswert .....	5
2.2 Überhangmandate .....	7
2.3 Zwischenfazit .....	8
<b>3. Spannungsfelder</b> .....	<b>10</b>
3.1 Definition .....	10
3.2 Spannungsfelder.....	10
3.2.1 Theoretische Dimension .....	11
3.2.1.1 Mathematisch .....	11
3.2.1.2 Juristisch.....	12
3.2.1.3 Politisch und politikwissenschaftlich .....	13
3.2.1.4 Historisch.....	15
3.2.1.5 Terminologisch .....	16
3.2.1.6 Temporal .....	17
3.2.2 Praktische Dimension .....	18
3.2.2.1 Konsensfindung zwischen den Regierungsparteien.....	18
3.2.2.2 Konsensfindung zwischen Regierung und Opposition .....	19
3.3 Zwischenfazit .....	20
<b>4. Evaluation realpolitischer Reformvorschläge</b> .....	<b>22</b>
4.1 Das alte Wahlsystem – der Status Quo .....	22
4.2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (alt und neu) .....	23
4.3 DIE LINKE.....	26
4.4 SPD.....	28
4.5 Union/FDP .....	31
4.6 Zwischenfazit .....	34
<b>5. Schlussbetrachtung</b> .....	<b>38</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>40</b>

# 1. Einleitung

## 1.1 Problemstellung

„Die politikwissenschaftliche Analyse von Wahlsystemen konzentriert sich bisher vornehmlich auf deren Konsequenzen, wobei Wahlsysteme als erklärende Variablen vor allem für die Struktur von Parteiensystemen herangezogen werden.“<sup>1</sup> Mit diesem Satz kritisiert Harfst, dass Wahlsysteme in wissenschaftlichen Untersuchungen zu meist als unabhängige Variable betrachtet werden. Gleichwohl soll seine Arbeit einen Beitrag dazu leisten, Wahlsysteme ebenso als abhängige Variable wahrzunehmen.<sup>2</sup> An dieses Bestreben wird angeknüpft, indem die deutsche Wahlsystemreform als abhängige Variable in einem interdisziplinären Spannungsfeld behandelt wird, da Wahlsystemreformen nicht nur Teil der politikwissenschaftlichen Debatte sind, sondern ebenso unter mathematischen, juristischen, historischen und terminologischen Gesichtspunkten diskutiert werden.<sup>3</sup> Neben den theoretischen Spannungsfeldern existieren zusätzlich praktische: Da Wahlsysteme als unabhängige Variablen Auswirkungen auf das Parteiensystem haben, sind Wahlsystemreformen Gegenstand der Konsensfindungsprozesse zwischen den Koalitionspartnern<sup>4</sup> sowie zwischen Regierung und Opposition.<sup>5</sup>

Wahlsysteme, als soziale Institutionen, entstehen gängigen Theoriediskussionen zufolge als „Produkt strategisch handelnder, zweckrationaler Akteure“<sup>6</sup> oder in historisch einmaligen Kontexten als Resultat evolutionärer Prozesse<sup>7</sup>. Die deutsche Wahlsystemreform bildet hierbei jedoch eine Ausnahme: Die Konstitution des neuen Wahlsystems ist zwar das Produkt strategisch handelnder, zweckrationaler Akteure, jedoch wurde der Prozess der Wahlsystemreform erst durch das Urteil des Bundes-

---

<sup>1</sup> Philipp Harfst: Wahlsystemwandel in Mitteleuropa. Strategisches Design einer politischen Institution, Wiesbaden 2007, S. 20.

<sup>2</sup> Vgl. ebd., S. 20.

<sup>3</sup> So erläutert Stephan Klecha in seinem Aufsatz, dass auffällige Wechselwirkungen „zwischen Wahlsystemdebatte und der Auswirkung des Parteiensystems“ erkennbar seien (vgl. Stephan Klecha: Zum Zusammenhang von Wahlrechtsreformen und Parteiensystemen, in: Zeitschrift für Politik, 58 (2011) 3, S. 343).

<sup>4</sup> Eine Ausnahme bilden Einparteienregierungen.

<sup>5</sup> Hierfür ist das Wissen – unabhängig davon, ob richtig oder falsch – über idealtypische Auswirkungsannahmen von verschiedenen Wahlsystemen beziehungsweise Wahlsystemalternativen seitens der Parteien die Grundvoraussetzung.

<sup>6</sup> Philipp Harfst, a.a.O. (Fn. 1), S. 22.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 22.

verfassungsgerichts eingeleitet.<sup>8</sup> Deshalb ergeben sich folgende Leitfragen: Waren der Richtungswechsel des Bundesverfassungsgerichts und die damit verbundene Reform notwendig? Innerhalb welcher Spannungsfelder bewegte sich die Reformdebatte und wie ist das im Zuge der Reform entstandene Wahlsystem im Gegensatz zu seinem Vorgänger zu bewerten – als Verbesserung oder als Rückschritt?

## 1.2 Herangehensweise

Zunächst wird die Entwicklung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Bezug auf den inversen Erfolgswert sowie zu den Überhangmandaten betrachtet und das Urteil, welches die Wahlsystemreform erforderlich machte, auf seine Notwendigkeit hin überprüft. Anschließend werden die Spannungsfelder erläutert, in denen sich die Wahlsystemdebatte bewegte und diesen Feldern Kriterien zugewiesen. Mit deren Hilfe wird im Laufe der Arbeit ermittelt, ob die realpolitischen Reformvorschläge eine Verbesserung oder einen Rückschritt im Gegensatz zu seinem Vorgänger dargestellt hätten beziehungsweise im Fall des mittlerweile verabschiedeten Regierungsentwurfs dargestellt haben.<sup>9</sup> Daraufhin werden im folgenden Abschnitt die realpolitischen Reformvorschläge mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen erläutert, um diese und besonders den bereits verabschiedeten Regierungsvorschlag anhand der zuvor aufgestellten Kriterien zu evaluieren. Eine Schlussbetrachtung rundet die Arbeit ab.

## 1.3 Forschungsstand

Obwohl die Wahlsystemreform in den Medien eine untergeordnete Rolle spielt und sich lediglich eine überschaubare Zahl an Wissenschaftlern vermehrt im Rahmen der Literatur mit dem inversen Erfolgswert auseinandergesetzt hat, ist die Literaturlage umfangreich. Die Grundlage bieten neben den Wahlergebnissen und dazugehörigen hypothetischen Rechnungen<sup>10</sup> die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu den

---

<sup>8</sup> Vgl. Gerd Strohmeier: Reform des deutschen Wahlsystems, in: ders. (Hrsg.): Wahlsystemreform, Zeitschrift für Politikwissenschaft, 19 (2009) Sonderheft Wahlsystemreform, S. 13.

<sup>9</sup> Es wird jedoch keine optimale Lösung erwartet, „da jeder verfassungsrechtlich ‚effektive‘ Eingriff in das bestehende Wahlsystem mit (unerwünschten) ‚Nebenwirkungen‘ verbunden ist“ (Joachim Behnke / Florian Grotz: Das Wahlsystem zwischen normativer Begründung, empirischer Evidenz und politischen Interessen. Ein Kommentar zu Gerd Strohmeier sowie Franz Urban Pappi und Michael Herrmann, in Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42 (2011) 2, S. 419).

<sup>10</sup> Vgl. Friedrich Pukelsheim: A-Drs. 17(4)327 A sowie Andreas Schneider: BWahlG: Analyse der Untersuchung des BMI, unter: [www.wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de) (Stand: 06.05.2012).